

Hinter den Kulissen soll Ruhe herrschen

Die Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ verdrängt ihre Geschichte

Jochen Stadt

Vor zwei Jahren erschien eine Broschüre der Berliner Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“, die sich der „Geschichte und Ausbildungspraxis“ dieser Einrichtung widmete. Im Untertitel wurde verkündet: „Die nach Ernst Busch benannte Hochschule feiert 100. Geburtstag.“ Ernst Schumacher reagierte darauf in der *Berliner Zeitung* mit der ironischen Frage: „Woher dieser schnelle Alterungsprozeß?“ Man hatte doch erst vier Jahre zuvor das 50. Gründungsjubiläum begangen. Das war ohne Zweifel auch der eigentliche Geburtstag. Im Spätsommer 1951 beschloß nämlich die Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten der DDR unter ihrem Vorsitzenden Helmut Holtzhauser die „sofortige Reorganisation des Schulwesens“ im Bereich der künstlerischen Ausbildung, wozu auch die Zentralisierung der Schauspielerausbildung gehörte. Neun Schauspielschulen, die überwiegend Theatern angegliedert waren, wurden ebenso geschlossen wie die Theaterabteilungen der Musikhochschulen. Die Schauspielausbildung wurde in Berlin und Leipzig an zwei staatlichen Fachschulen für Schauspielkunst konzentriert. Damit war die 1943 von Joseph Goebbels angestrebte Zentralisierung der Schauspielerausbildung unter anderen Vorzeichen vollendet.¹ Die schon von den Nazis gewünschte Liquidierung der 1905 von Max Reinhardt gegründeten Schauspielschule am Deutschen Theater erfolgte 1951 als kommunistische Neuordnung des Schulwesens. Max Reinhardts Schulkonzept war damit passé in Ost-Berlin.² Die Stanislawski-Schule in ihrer stalinistischen Auslegung wurde zum Dogma erhoben, Brecht spielte zunächst einmal keine Rolle.

Ernst Schumacher vermutete als eigentlichen Grund für die schnelle Alterszunahme der Berliner Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ von 50 auf 100 den Wechsel im Rektorenamt, um damit „dem nach 12 Jahren scheidenden Rektor Klaus Völker und seinem Nachfolger, dem Soziologen Wolfgang Engler, einen feierlichen Rahmen im Deutschen Theater zu verschaffen“.³ Die 1951 gegründete Staatliche Schauspielschule Berlin-Treptow stand wie alle staatlichen Bildungseinrichtungen der DDR unter einer dreifachen Kontrolle. Die allgemeine Staatsaufsicht lag beim Ministerium für das

1 Vgl. Ebert, Gerhard: *Schauspieler werden in Berlin. Von Max Reinhardts Schauspielschule zur Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“*. Berlin 1987, S. 94.

2 In West-Berlin gründete Hilde Körber 1951 in Reaktion auf die Gleichschaltung des Theaterlebens und der Schauspielausbildung in der DDR die Max-Reinhardt-Schule für Schauspiel, die später in die Hochschule der Künste, heute Universität der Künste, eingegliedert wurde. An die Max-Reinhardt-Schule für Schauspiel wechselte auch die Schauspielerin und Mitarbeiterin Reinhardts Lucie Höflich, die 1950 nach der Absetzung der Aufführung von Terence Rattigans Boulevardstück „Oliva“ (Liebe im Müßiggang) die Leitung des Staatstheaters Schwerin abgeben mußte. Lucie Höflich war Mitbegründerin des Kulturbundes zur Demokratischen Erneuerung Deutschlands, sie wurde 1947 in der SBZ zur Professorin ernannt. Seit 1951 lehrte sie Schauspielkunst an der West-Berliner Max-Reinhardt Schule. In der historischen Selbstdarstellung der Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ findet sich über den West-Berliner Max-Reinhardt-Zweig kein einziges Wort. Vgl. *Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ Berlin. Zur Geschichte und Ausbildungspraxis 2005/2006*. Berlin 2006, S. 5–21.

3 Schumacher, Ernst: Ein Jahrhundert „Ernst Busch“? Ein Sammelband feiert die Schauspielschule und ihr angebliches 100. Jubiläum. In: *Berliner Zeitung* v. 10.10.2005.

Hoch- und Fachschulwesen und was die praktische künstlerische Ausbildung betraf beim Ministerium für Kultur. Die unmittelbare politische Verantwortung für die Ausbildungsstätte trug die SED-Parteiorganisation an der Schule, die formell der SED-Kreisleitung Treptow unterstand. Für die geheimpolizeiliche Überwachung des Personals und der Schüler war der Staatssicherheitsdienst durch seine Berliner MfS-Bezirksverwaltung zuständig. Da es sich bei der Berliner Schauspielschule aber um eine zentrale Bildungsstätte handelte, deren Absolventen die SED-Führung nicht nur als darstellende Künstler, sondern auch als Funktionäre eines geschlossenen Systems der Volksbildung und politischen Erziehung verstand, fiel die Schule auch in den Verantwortungsbereich der Berliner SED-Bezirksleitung sowie der Kulturabteilung des SED-Zentralkomitees. Nach der 1981 vorgenommenen Umwidmung der Staatlichen Schauspielschule Berlin-Treptow in eine Hochschule erhöhte sich der politische Kontrolldruck durch die Berliner SED-Bezirksleitung und die Kulturabteilung des SED-Zentralkomitees noch einmal.

Die Einflußnahme der SED auf die Schauspielschule

Anlässlich eines offiziellen Besuches der SED-Kreisleitung Treptow in der Schauspielschule erläuterte der Erste Kreisleitungssekretär im Jahr 1978 die Zielvorgaben der SED für die Schauspielerausbildung: „Ein sozialistischer Schauspieler muß bewußter Staatsbürger und Künstler zugleich sein. Ihn zeichnen eine stete parteiliche Haltung auf der Grundlage der Weltanschauung der Arbeiterklasse, hohe moralisch-politische Qualitäten, Ergebenheit in die Idee des Marxismus/Leninismus, proletarische Disziplin, Liebe zur sozialistischen Heimat, Mut, Optimismus, Lebensfreude, das Gefühl der Freundschaft und Kollektivgeist aus.“⁴ Diese Erwartungen der SED konnten mit dem Anspruch der Schule, eine herausragende Fachausbildung zu bieten, nur schwer in Übereinstimmung gebracht werden. Der parteiliche Führungsanspruch führte zu einem Dauerkonflikt, der an der Schauspielschule wie an anderen Ausbildungsstätten erst mit dem Sturz des SED-Regimes sein strukturelles Ende fand. Personelle und politische Nachwirkungen der kommunistischen Überformung kamen freilich an der Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ stärker als an anderen Berliner Universitäten und Fachhochschulen zum Tragen. Doch dazu später.

Die Schauspielschule hatte alljährlich nicht nur gegenüber den zuständigen Ministerien, sondern auch gegenüber den zuständigen Parteileitungen einen Rechenschaftsbericht über ihre Leistungen abzulegen. Die Schulleitung versuchte stets in solchen Re-



Max Reinhardt

4 Kreisleitung der SED Berlin-Treptow: Konzeption für den Arbeitsbesuch der Kreisleitung in der Staatlichen Schauspielschule am 7.4.1978. LA, Berlin, C Rep. 902, Nr. 4991.

chenschaftslegungen den Ist-Zustand der Einrichtung mit dem von der SED geforderten Soll-Zustand einigermaßen in Deckung zu bringen. Einem Konzept, das der Direktor der Schauspielschule Professor Rudolf Penka für die Berichterstattung an das Sekretariat der SED-Bezirksleitung Treptow Anfang Februar 1969 verfaßt hat, ist beispielhaft die besondere politische Ausrichtung zu entnehmen, die das SED-Regime der Schauspielausbildung zgedacht hatte. Penkas Bericht ist auch deswegen von Bedeutung, da hier erstmals die Maßgaben der „3. sozialistischen Hochschulreform“ von 1968 Berücksichtigung fanden. Die Schule war zu dieser Zeit mit 18 hauptamtlichen und 16 nebenamtlichen Lehrkräften ausgestattet. Rudolf Penka definierte in seinem Bericht an die SED-Kreisleitung, was angeblich eine „sozialistische Künstlerpersönlichkeit“ auszeichnen sollte. Als besondere „Merkmale“ eines Künstlers in der „Zeit verschärfter Klassenauseinandersetzungen“ galten demnach:

„Ein kompromißloser Klassenstandpunkt,

er ist erst Sozialist – dann Künstler,

er führt eine offensive und überzeugende Auseinandersetzung mit den Wanderern zwischen zwei Welten,

er muß Vernunft und Gefühl in das rechte Verhältnis zueinander bringen,

er darf nichts idealisieren – aber auch nichts negieren, er muß Ideal und Wirklichkeit als produktives Spannungsfeld bewußt machen und nach der Feuerbachthese handeln, in der es heißt: ‚In der Praxis muß der Mensch die Diesseitigkeit seines Denkens beweisen‘.“

Als hauptsächlich zu beachtende Aspekte der internationalen Entwicklung benannte Penka formelhaft die „Auseinandersetzung mit den Argumenten des Klassengegners von der ‚Einheit der deutschen Kultur‘“ sowie „die Meisterung des neuen Gegenstandes im Gegensatz zu Konvergenzauffassungen“. Beide Themenkomplexe entsprachen der in dieser Zeit neuformulierten „Abgrenzungspolitik“, mit der das SED-Regime seine Abkehr von der noch bis 1968 verbal aufrechterhaltenen „sozialistischen“ Wiedervereinigungspolitik vorbereitete.

Im Rahmen der Hochschulreform erhielt die Schauspielschule im Hauptfach und in drei Nebenfächern neue Lehrpläne. Diese enthielten, wie Penkas Bericht zu entnehmen ist, Lehrstoffe, „deren Inhalte neben der künstlerischen Anforderung höchste Effektivität im politischen ideologischen Entwicklungsprozeß der Studenten gewährleisten“ sollten und daher „die marxistische Konzipierung und die Koordinierung in bezug auf das Erziehungs- und Ausbildungsziel“ in den Vordergrund stellten. Das Niveau der gesellschaftswissenschaftlichen Bildung an der Schule war jedoch nach Penkas Auffassung ein gutes halbes Jahr nach der Hochschulreform noch immer nicht hoch genug. Ein vom Kulturministerium angekündigtes neues Lehrplanwerk für die Dozenten für Gesellschaftswissenschaft an den künstlerischen Lehranstalten stand noch aus. Doch es gab auch hausinterne Probleme. Das Parteilehrjahr fand, wie Direktor Penka einräumte, nur unregelmäßig statt. Die von der SED geforderte direkte Verbindung zur Arbeiterklasse, zu „den Schrittmachern in der Produktion“, suchte die Schauspielschule durch einen Kooperationsvertrag mit einem Industriebetrieb, dem BMHW,⁵ zu erfüllen. An den Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der DDR wollte sich die Schule mit einer Inszenierung von Strittmatters „Katzgraben“ und einer politischen oder politisch-literarischen Revue beteiligen. Das Plansoll der Schauspielschule sollte im kommen-

5 Berliner Metallhütten- und Halbwerkzeuge.

den Jahr auf 40 Neuaufnahmen für das erste Studiensemester erhöht werden, da das 2. Fernsehprogramm mehr Schauspieler benötigte.⁶

Das Sekretariat der SED-Kreisleitung nahm Rudolf Penkas Bericht am 28. Februar 1969 entgegen. Wie es scheint, war man zunächst zufrieden. Als die SED-Führung jedoch wenig später weitreichende Konsequenzen aus der „konterrevolutionären Fehlentwicklung“ in der CSSR zog und in diesem Zusammenhang auch die politische Situation an den Hochschulen der DDR kritisch kommentierte, besannen sich auch die Verantwortlichen in der Kreisleitung Treptow auf Mängel in der Staatlichen Schauspielschule. Der Erste Kreisleitungssekretär Troschka und sein Sekretär für Agitation und Propaganda Dr. Wienck informierten am 3. Juni 1969 die Berliner SED-Leitung über die Berichterstattung des Direktors der Staatlichen Schauspielschule zum Stand der Durchführung der 3. Hochschulreform und der „klassenmäßigen Erziehung der Studenten“. Penkas Darlegungen vom 28. Februar 1969 wiesen nun nach Auffassung der Kreisleitung deutlich auf schwere Defizite der Parteiarbeit in der Schule hin. Das abschließende Urteil der Kreisleitung fiel denkbar negativ aus: „Die Parteiorganisation an der Staatlichen Parteihochschule wird ihrer führenden Rolle nicht gerecht. Sie hat keine Kampfposition zur Durchführung der 3. Hochschulreform sowie zur klassenmäßigen Erziehung der Studenten.“ Politische Diskussionen würden nicht zu Ende geführt, es gebe häufig ein Ausweichen auf rein fachliche Positionen. „Die Parteiorganisation ist kein einheitlich handelndes Kollektiv.“ Es existiere an der Schauspielschule „eine starke Trennung zwischen fachlicher Ausbildung und Erziehung der sozialistischen Künstlerpersönlichkeit“. Das Sekretariat der Kreisleitung habe deswegen eine eigene Arbeitsgruppe zur Unterstützung der Parteiorganisation an der Schauspielschule gebildet.⁷

Die dortige SED-Parteiorganisation stand unter der Leitung eines hauptamtlichen Parteisekretärs und hatte an der Schauspielschule für die Realisierung der Parteipolitik zu sorgen. Etwas 35 Prozent des Lehrkörpers gehörten der SED an.⁸ Einem Rechenschaftsbericht der SED-Grundorganisation aus dem Jahr 1978 ist die folgende politische Selbstverpflichtung zu entnehmen: „Unsere wichtigste revolutionäre Tat im Klassenkampf ist die Gewährleistung der kommunistischen Erziehung unserer Studenten zu einem Staatsbürger und Künstler, der über hohe moralisch-politische Qualität verfügt. [...] Die Jugend der DDR – also auch unsere Studenten – sind aktive Mitgestalter beim Aufbau des Kommunismus. Folglich ist die kommunistische Erziehung der Studenten an der Staatlichen Schauspielschule Berlin nicht nur die Hauptaufgabe der Zukunft, sondern bereits der Gegenwart.“ Die Studierenden müßten sich später „am Theater als Künstler und Kulturfunktionäre bewähren“. In Hinblick auf die „kommunistische Erziehung“ an der Schauspielschule berief sich die Parteiorganisation auf die von Rudolf

6 Rudolf Penka, Direktor der Staatlichen Schauspielschule Berlin – Treptow: Grundlage für den Bericht des Direktors der Staatlichen Schauspielschule Berlin zur Sekretariatssitzung, 19. Februar 1969. LA Berlin, C Rep. 902, 2833.

7 SED-Kreisleitung Treptow, Abt. Agit/Prop Information vom 3. Juni 1969 an Genossen Dr. Bauer, Sekretär der Bezirksleitung der SED Berlin, über die Situation an der Staatlichen Schauspielschule Berlin-Treptow. LA Berlin, C Rep. 902, 2833.

8 Einem Lagebericht der SED-Bezirksleitung Berlin aus dem Jahr 1985 zufolge gehörten von 48 hauptamtlichen Lehrkräften der Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ 18 der SED an. Der Organisationsgrad unter den 55 sonstigen Festangestellten der Hochschule fiel wesentlich geringer aus. Lediglich fünf von ihnen waren SED-Mitglieder. Vgl. SED-Bezirksleitung Berlin: Information vom 16. Januar 1985 über die politische Situation an den künstlerischen Hoch- und Fachschulen der Hauptstadt. LA Berlin, C Rep. 902, Nr. 5607.

Penka ausgearbeiteten „Grundprinzipien der Erziehung des Schauspielers“. Die SED-Mitglieder an der Schauspielschule verpflichteten sich selbst in ihrem Rechenschaftsbericht zur „Aneignung einer hohen politischen und klassenbewußten Verantwortung“, zur „Erhöhung der Qualität und Effektivität von Erziehung und Ausbildung als einen unserer wichtigsten Beiträge zur Stärkung der DDR“, sowie dazu,

„- Absolventen mit fundierten fachwissenschaftlichen Kenntnissen und künstlerischen Fähigkeiten und Fertigkeiten und einem großen Verantwortungsbewußtsein vor der Gesellschaft, also praxisorientiert zu entlassen.

- Kämpfer für die Errichtung der kommunistischen Gesellschaft zu erziehen, Staatsbürger, die mit der Arbeiterklasse und ihrer Partei zutiefst verbunden sind.“⁹

Letzteres gelang in vielen Fällen nicht. Zum Ruhme der Schauspielschule läßt sich sagen, daß viele ihrer Studenten und Absolventen eigene Gedanken darüber hegten, was ihnen ihre Kunst sein sollte und wie sie davon Gebrauch machen wollten. Die bislang zugänglichen Überlieferungen von staatlicher und SED-Seite vermitteln den Eindruck, daß es vor allem Studierende waren, die zwischen Schauspielausbildung und „Erziehung“ zu Gesinnungsdarstellern lebensklug zu unterscheiden wußten.

Die staatliche Kontrolle der Schauspielschule

Trotz aller Selbstverpflichtungen der SED-Grundorganisation und diverser Arbeitsgruppen übergeordneter Parteiinstanzen blieb über alle Jahre als Dilemma bestehen, daß die Berliner Schauspielleben zwar auf fachlich hohem Niveau ausgebildet wurden, aber in politischer Hinsicht häufig nicht den an sie gestellten Erwartungen entsprachen. Das galt freilich nicht nur für die Schauspielschule in Treptow; auch an anderen künstlerischen Ausbildungsstätten in Ost-Berlin wurde immer wieder Ähnliches festgestellt. Im Herbst 1975 bildete das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen deswegen mehrere Arbeitsgruppen, die im Zuge eines längeren Inspektionseinsatzes Vorschläge zur Verbesserung der politischen Ausbildung des künstlerischen Nachwuchses vorlegen sollten. Der für die Staatliche Schauspielschule Berlin-Treptow zuständigen Arbeitsgruppe gehörten die Funktionäre des Ministeriums Lohrenz und Winter sowie Professor Richter von der Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“ an. Die drei Inspektoren erläuterten am 16. Oktober 1975 dem neuen Direktor der Schauspielschule Hans-Peter Minetti, seinem Stellvertreter Gerhard Ebert, der Parteisekretärin Kurella, dem hauptamtlichen ML-Dozenten Alexander Iljinskij und der Schauspieldozentin Barbara Bismark den Zweck ihres Einsatzes. In den folgenden Monaten führte die Arbeitsgruppe elf Hospitationen durch, befragte Studenten aller drei Studienjahre aus beiden Fachrichtungen Schauspiel und Puppenspiel, beriet mehrfach mit dem ML-Dozenten Iljinskij und Direktor Minetti über „die Verbesserung der Leitung des marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums sowie die Erhöhung der Rolle des mLG [marxistisch-leninistischen Grundstudiums] im gesamten Bildungs- und Erziehungsprozeß der Schauspielschule“. Entsprechende Unterredungen fanden auch mit anderen Mitgliedern des Lehrkörpers und dem FDJ-Sekretär Jürgen Papst statt. An der Schauspielschule studierten zu diesem Zeitpunkt 70 Studenten in drei Studienjahren. Sieben von ihnen gehörten als Mitglieder oder Kandidaten der SED an.

Nach einer Hospitation im ML-Unterricht der Staatlichen Schauspielschule begutachtete die ministerielle Arbeitsgruppe diesen Ausbildungsgang recht negativ: „Die Behandlung des Themas war schleppend und weckte bei den Studenten wenig Interesse.“

9 SED Grundorganisation, Staatliche Schauspielschule Berlin: Rechenschaftsbericht vom 18. November 1978. LA Berlin, C Rep. 902, Nr. 4991.

Im ihrem neunzehnteiligen Abschlußbericht hielten die Inspektoren diesen negativen Befund fest und schlugen unter anderem vor, künftig Fachschullehrer der Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“ (HfÖ) an der marxistisch-leninistischen Weiterbildung der Schauspielschule zu beteiligen. Direktor Hans-Peter Minetti habe sich diesen Vorschlag zu eigen gemacht. „Zur Hebung des Niveaus der Lehrveranstaltungen im mlG wird der Direktor planmäßige Hospitationen anweisen. Der Direktor der Schauspielschule hat den Rektor der HfÖ ‚Bruno Leuschner‘ um sozialistische Hilfe zur Erhöhung der Qualität des mlG ersucht.“ HfÖ-Rektor Kupferschmidt habe daraufhin sofort Dozenten seiner Sektion ML zu Unterstützungseinsätzen an die Schauspielschule abgeordnet. Als Schlußfolgerung ihres Inspektionsberichtes empfahl die Arbeitsgruppe des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen eine Verstärkung des ML-Unterrichtes an der Schauspielschule. Man solle sich dort „weniger den Einflüssen des Theaters unterwerfen, sondern vielmehr durch Entsendung junger, kommunistisch erzogener Schauspieler die kulturpolitischen Ziele der Partei für die weitere Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft an den Theatern verwirklichen helfen“.¹⁰

Doch auch fünf Jahre später, 1980, mußten auf der Parteivahlversammlung gewisse Mängel in der ideologischen Gewißheit unter den Studenten festgestellt werden. Während der Versammlung ergriffen 20 Parteimitglieder das Wort, um über „die Ereignisse in Polen, die Maßnahmen der DDR zum Mindestumtausch, die Gefährdung der Friedenspolitik“ durch den westlichen Imperialismus und andere „brennende Fragen“ zu sprechen. Auch lobte man sich selbst für die unter den Studenten geleistete parteiliche Arbeit. „In der Diskussion wurde aber auch deutlich, daß einige Studenten nach wie vor Schwierigkeiten mit unserer Informationspolitik haben.“ Wiederum sollte die ML-Ausbildung verstärkt werden. Die anwesenden Parteimitglieder versicherten sich gegenseitig, den kommenden X. Parteitag mit besonderen Leistungen vorzubereiten. Einstimmig wurden in die Parteileitung gewählt: Dieter Köppe als Sekretär, Peter Jung als stellvertretender Sekretär sowie Wilfried Markert, Hans-Georg Simmgen, Ute Brieske und Dietmar Laadsch.¹¹ Die „Ereignisse in Polen“ führten an der Schauspielschule zu einigen Turbulenzen, da es unter den Studentinnen und Studenten Sympathien für die Solidarność-Bewegung gab. Informationen über politische Exmatrikulationen, zu denen es wegen der „Ereignisse in Polen“ an der Schauspielschule kam, werden von der heutigen Hochschulleitung nicht herausgegeben.

Doch nicht nur in diesem Fall gibt man sich bei „Ernst Busch“ zugeknöpft. Rektor Engler möchte offenbar die Repressionsgeschichte seiner Hochschule nicht thematisiert sehen. Auf die Bitte, im Rahmen unseres Forschungsprojektes über die „Berliner Hochschulen in den Jahren der Teilung“ das Hochschularchiv der Schauspielschule zur Untersuchung von Fällen der politischen Reglementierung in der DDR-Zeit nutzen zu können, reagierte die Hochschule für Schauspielkunst als einzige der angefragten Berliner Universitäten und Hochschulen abweisend. Hierfür gibt es freilich Gründe, die mit dem vorgeschobenen Argument des Datenschutzes nichts zu tun haben. Denn auf die Einhaltung des Datenschutzes achten selbstverständlich ebenso alle anderen Hochschularchive und die am Forschungsvorhaben beteiligten Wissenschaftler ohnehin. Doch zurück ins Jahr 1981, das neben den „Ereignissen in Polen“ der Schauspielschule auch Erfreuliches brachte.

10 Lohrenz, Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen: Bericht über den Inspektionseinsatz an der Staatlichen Schauspielschule Berlin vom 16.10.1975 bis 30.1.1976. LA Berlin, C Rep. 902, 3601.

11 Bericht von Dieter Köppe, Parteisekretär der Staatlichen Schauspielschule Berlin, über die Parteivahlversammlung vom 31. Oktober 1980. LA Berlin, C Rep. 902, 5291.

Die Umwandlung der Staatlichen Schauspielschule in eine Hochschule.

Hans-Peter Minetti bemühte sich seit Ende der siebziger Jahre mit einigem Aufwand beim ZK der SED und anderen verantwortlichen Stellen um eine Aufwertung der von ihm geführten Ausbildungsstätte. Im März 1978 begründete er dieses Anliegen in einem ausführlichen „Vorschlag für eine Statusänderung der Staatlichen Schauspielschule Berlin“. In diesem der Berliner SED-Bezirksleitung zugeleiteten Papier erklärte er, angesichts des wachsenden kulturellen Niveaus und der Anforderungen aus den Massenmedien müsse die Schauspielschule ihre Kapazität sowohl quantitativ als auch qualitativ erweitern. Entsprechende Vorgespräche hatte Minetti bereits mit Kulturminister Hans-Joachim Hoffmann, Oberbürgermeister Krack, Vertretern der Theater und der Massenmedien, darunter der Fernsehchef Heinz Adameck, geführt. Nach Minettis Meinung hatte die Berliner Schauspielschule die Grenzen einer Fachschule schon lange überschritten. Sie müsse deswegen zu einer Hochschule ausgebaut werden. Die Nachfrage nach jungen Schauspielern habe durch Theater, DEFA und Massenmedien derart zugenommen, daß bereits Studenten im ersten Studienjahr auf Berliner Bühnen, beim Hörfunk sowie bei Film und Fernsehen zum Einsatz kämen. Die Schule leiste, ausgehend von Brecht und Stanislawski, eine einheitliche, auf wissenschaftlicher Methodik beruhende Ausbildung. An der positiven Entwicklung hätten seine beiden Vorgänger Wolfgang Heinz und Rudolf Penka maßgeblichen Anteil gehabt. Das Fachschulstudium bringe aber, was das wissenschaftliche Niveau betrifft, Beschränkungen mit sich, die es zu überwinden gelte. Das liege unter anderem auch an den mangelnden Möglichkeiten zur Forschung. Neben vielen weiteren Argumenten verwies Minetti außerdem darauf, daß die Schauspielschulen in allen anderen Hauptstädten der sozialistischen Staaten ebenfalls Hochschulstatus hatten. Mit der Rückkehr in das neue Schulbauwerk am alten Standort in Berlin-Schöneweide ergäbe sich 1980 oder 1981 eine gute Möglichkeit, die Schule als Hochschule wiederzueröffnen. Am Ende verwies Minetti darauf, daß seine Argumente auch bei der Kulturabteilung des ZK auf volles Einverständnis gestoßen seien.¹² Tatsächlich erfolgte drei Jahre später die von Minetti gewünschte Statusänderung. Ein Ministerratsbeschluß benannte die Staatliche Schauspielschule Berlin mit Wirkung vom 1. September 1981 in Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ um. Der Hochschule wurden das Institut für Schauspielregie Berlin und die Schauspielschule Rostock zugeordnet.¹³

Problemlagen der achtziger Jahre

Der neue Status änderte an der politischen Konstellation an der Schule nichts. Im Herbst 1983 forderte die Berliner SED-Leitung einen Bericht über die „Lage an den Hoch- und Fachschulen der Hauptstadt“ an. Der Bericht entstand auf der Grundlage einer Analyse der FDJ-Bezirksleitung „zur politisch-ideologischen Situation im Studienjahr 1982/83“, einer Einschätzung der SED-Kreisleitung an der Humboldt-Universität, eines Inspektionsberichts der Abteilung Marxismus-Leninismus des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen über die vier Hochschulen des Ministeriums für Kultur sowie unter Auswertung der im Juni und Juli 1983 geführten Informationsgespräche mit den Parteisekretären der Berliner Hoch- und Fachschulen. Die Parteise-

12 Hans-Peter Minetti: Vorschlag vom 6. März 1978 für eine Statusänderung der Staatlichen Schauspielschule Berlin. LA Berlin, C Rep. 902, 4542.

13 SED-Bezirksleitung Berlin: Bericht der Arbeitsgruppe der Bezirksleitung Berlin der SED vom März 1983 zur Einschätzung der politischen Führungstätigkeit der Parteiorganisation der Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ in Durchführung der Beschlüsse des X. Parteitages und der Anforderungen der V. Hochschulkonferenz. LA Berlin, C Rep 902, 5291.

ekretäre hielten „die politisch-ideologische Lage, auch in der Kriegs-Frieden-Problematik, an ihren Einrichtungen für stabil“. Lediglich die Parteisekretäre der Hochschule für Musik und der Kunsthochschule konnten dies für ihre Einrichtungen nicht mit Sicherheit sagen. „Insgesamt gehen die Parteisekretäre davon aus, daß die überwiegende Mehrheit der Studenten auch bei Zuspitzung der Situation auf unserer Position stehen wird.“ Die Mehrzahl der Studenten sei bereit, „sich praktisch für die Verteidigung des Sozialismus einzusetzen, entsprechende Belastungen in ZV [Zivilverteidigung] und GST zu übernehmen“. Trotz dieser positiven Grundtendenz gebe es aber auch bei „aktiven Studenten und Lehrkräften“ Fragen und Unklarheiten. Letzteres bezog sich vor allem auf die „bewaffnete Verteidigung des Sozialismus“. In „nicht wenigen Fällen“ sei offenbar „Angst vor der gegenwärtigen Gefahr aktionsauslösend“. Diese „nicht klassenmäßige Motivation führt aber zwangsläufig zu Schwierigkeiten, wenn klare Entscheidungen etwa zu militärischen Maßnahmen gefordert werden“. Die SED-Beobachter konstatierten weiterhin „Erscheinungen eines gewissen Pessimismus“ in Hinblick auf die Frage, ob die von der NATO beschlossene Raketenstationierung überhaupt noch zu verhindern sei. Außerdem erkannten sie eine Tendenz zur „falschen Differenzierung zwischen US- und BRD-Imperialismus“. Während die Politik der Reagan-Administration allgemein abgelehnt werde, stuften die Hochschulangehörigen Westdeutschland „fast durchgängig als recht harmlos“ ein. „Aufgrund der Einflüsse über Medien und auch Verwandte herrscht die Auffassung vor, daß eine Bedrohung letztlich nicht zu erwarten sei, daß die BRD schon aus wohlverstandenen eigenem Interesse gegen die Raketen und erst recht gegen den Krieg sein müsse.“ Solche „Positionen der Sorglosigkeit“ wurden nach Auffassung der Bezirksleitung von den Parteileitungen an den Hochschulen „nicht so deutlich registriert und eingestuft wie pazifistische Tendenzen“. Als wichtiger „negativer Kristallisationsfaktor“ wurden Einflüsse „kirchlich gebundener bzw. orientierter Studenten“ ausgemacht. An der Kunsthochschule, an der Hochschule für Schauspielkunst und am Institut für Lehrerbildung war nach Auffassung der zuständigen Parteileitungen „der Einfluß pazifistischer Auffassungen gestoppt bzw. zurückgedrängt [...]. Dazu war großes Engagement der politischen Kräfte und vor allem auch der Marxismus-Leninismus-Lehrkräfte erforderlich.“¹⁴ Ganz so kann es aber nicht gewesen sein. Andere Informationsquellen der SED malten zur gleichen Zeit ein weniger positives Bild.

Als SED-Bezirksleitungssekretär Heinz Albrecht im April 1984 zum alljährlichen Podiumsgespräch an die Hochschule für Schauspielkunst delegiert wurde, übermittelte ihm Hanns Kießig aus der Abteilung Kultur dazu folgende Hinweise: Parteisekretär Dieter Meves und Prorektor Gerhard Ebert würden ihn vor der Schule um 8.45 Uhr erwarten. Hans-Peter Minetti könne nicht teilnehmen. Es sei mit 150 Teilnehmern zu rechnen. Die Parteileitung der HfS bitte Albrecht, 80 bis 90 Minuten zu sprechen – in den Jahren zuvor waren 50 bis 60 Minuten üblich. Themen sollten sein: Friedenspolitik, Verhältnis zu Westdeutschland, Probleme der DDR-Wirtschaftspolitik. An der Hochschule würden derzeit folgende Fragen diskutiert: „Warum gestatten wir jetzt so vielen die Ausreise in die BRD, jahrelang war nichts möglich? Wie lange wird das so weiter gehen? Nach wie vor zeigen sich pazifistische Tendenzen, die persönliche

14 SED Bezirksleitung Berlin, Abt. Volksbildung und Wissenschaften: Zur gegenwärtigen politisch-ideologischen Situation an den Hoch- und Fachschulen der Hauptstadt und den Konsequenzen für die politisch-ideologische Arbeit im Herbst/Winter 1983. LA Berlin, V Rep. 902, 5872.

Schlußfolgerung zu ziehen, selbst mit der Waffe den Sozialismus zu verteidigen, fällt vielen schwer.“¹⁵

Helga Rönsch, Kadersachbearbeiterin in der Abteilung Kultur der SED-Bezirksleitung, berichtete hernach über den Verlauf der Veranstaltung. In der Diskussion seien Fragen aufgekommen wie: „Was bedeutet das Bauen durch andere Bezirke in Berlin für diese Bezirke? Warum wird Berlin besser versorgt als in anderen Orten der Republik, z.B. mit Obst und Südfrüchten? Warum lassen wir so viele in die BRD ausreisen? [...] Warum ist die Quote der Antragsteller in den Südbezirken höher als in Berlin? [...] Es reisen so viele junge Leute aus, hat hier unser Bildungswesen versagt?“ Weiter sei gefragt worden, warum so viele Bürger nicht in den Westen reisen dürften, es wäre doch nützlich, wenn zum Beispiel „Lehrer die Verhältnisse in der BRD aus eigenem Erleben kennen würden.“ Kritisiert wurde die nachlassende Bauqualität: „Wohnungen seien nach fünf Jahren schon nicht mehr brauchbar.“ Gefragt wurde auch, ob es stimme, daß immer mehr Leute sich weigern, nach Marzahn zu ziehen. „Die Diskussion verlief sehr lebhaft. Offensichtliche provokative Fragen wie zu Marzahn (Student) und Besuchsreisen (Heizer) fanden bei der überwiegenden Mehrzahl der Studenten keine Resonanz.“ In der Parteileitung werde das Forum ausgewertet und überlegt, wie entlang der aufgeworfenen Fragen weiter zu diskutieren sei und „wie mit einigen Studenten weiterzuarbeiten ist, die durch sichtbares Desinteresse auffielen“.¹⁶

Im Herbst 1984 informierte das Mitglied der SED-Bezirksleitung Ellen Brombacher den kunstsinnigen Berliner SED-Chef Konrad Naumann über eine Podiumsdiskussion, die sie selbst als Repräsentantin der SED an der Hochschule für Schauspielkunst bestritten hatte. Es seien zu der Veranstaltung nur 80 Teilnehmer erschienen. Hans-Peter Minetti leitete das Gespräch. Einleitend äußerte sich Brombacher nach ihren eigenen Worten „zu der ungeheuren Provokation imperialistischer Geheimdienste in der VR Polen“. In der Diskussion wurde sie daraufhin gefragt, „was man definitiv sagen könne, bezogen darauf, daß der Tod des polnischen Pfarrers eine geheimdienstliche Provokation sei“, ob das nicht eine zu einfache Antwort sei? „Ich antwortete, daß die Angehörigen westlicher Geheimdienste ihr Geld zurückgeben müßten, wenn eine solche Provokation so organisiert würde, daß man nur das Ende der Kette anpacken müsse, um die Drahtzieher entlarven zu können. Sie sollten einmal Harry Thürks ‚Der Gaukler‘ lesen. Auch in dem Film über den Kennedy-Mord könne man sehen, wie einer nach dem anderen, der irgend etwas gewußt haben könnte oder wußte, ‚rein zufällig‘ starb; und daß man auch den Piloten der südkoreanischen Maschine nicht wird fragen können.“ Vielleicht würde die Sache erst in fünfzig Jahren aufgeklärt. „Ich würde es als ‚Kommunist‘ mit denen halten, die ohne einen Zweifel heute voll und ganz die Veröffentlichung des polnischen Innenministeriums, daß es sich um eine großangelegte Provokation handelt, als eigene Überzeugung vertreten. Bezogen auf die Frage, ob wir es uns nicht zu einfach machen, antwortete ich dem Betreffenden, da hielte ich es mit unserem Erzfeind Adenauer, der, ausgehend von den Klasseninteressen der Bourgeoisie, einmal formuliert hatte, ‚man müsse wesentliche Dinge so tief sehen, daß sie einfach wären‘.“ Weiter ging es um die Toleranz gegenüber der Kirche und die Abzeichen „Schwerter zu Pflugscharen“. Teilnehmer wiesen darauf hin, daß ja auch niemand

15 Hanns Kießig, SED Bezirksleitung Berlin, Abt. Kultur: Schreiben vom 13. April 1984 an Heinz Albrecht betr. Podiumsgespräch an der Hochschule für Schauspielkunst. LA Berlin, V Rep. 902, 5610.

16 Der Bericht von Helga Rönsch über die Veranstaltung an der Hochschule für Schauspielkunst vom 17. April 1984 findet sich ebenfalls unter LA Berlin, V Rep. 902, 5610.

mit einem Blauhemd am Betreten einer Kirche gehindert wird. „Ich ging darauf ein, daß die Kirche, historisch verbrieft, die Toleranz nicht erfunden hat.“ Es gelte „dem Staate, was dem Staate gehört“, und „wenn das verletzt würde, gäbe es auch keine Toleranz, auch nicht bei Abzeichen. Da sei uns auch egal, ob das alle verstünden. Es sei bekannt, daß die SED nie mit der Macht gespielt hat und sich ernsthaft zur Revolution verhält. Polen hätte ja gezeigt, welche Konsequenzen es habe, wenn man glaubt, Dinge mit Toleranz lösen zu können, wo eindeutige Grenzen gesetzt werden müssen.“¹⁷

Während die meisten Berichte externer SED-Funktionäre, die die Schauspielschule aus Inspektionszwecken oder zu „Aussprachen“ über aktuelle Probleme der Zeit besuchten, deutliche Irritationen über die politischen Haltungen der Studentinnen und Studenten erkennen lassen, präsentierten die Hochschulleitung und die SED-Parteigruppe den übergeordneten Instanzen offenbar geschönte Berichte aus dem Alltag vor Ort. Glaubte man einer „Auftragsinformation“ der SED-Grundorganisation an der Hochschule für Schauspielkunst vom Dezember 1984, so gab es dort keine tiefer gehenden Probleme. Nach einer langen Auflistung der vollbrachten Leistungen, Kettensätzen voller ML-Phrasen und der üblichen Entlarvung des für die Spannungen in der Welt verantwortlichen westlichen Imperialismus wurde in diesem Bericht die Selbstverpflichtung ausgesprochen, die „Bereitschaft aller Studenten für einen persönlichen Beitrag zur Stärkung der Landesverteidigung“ zu vergrößern. „Entsprechend den staatlichen Grundlagen und Vorgaben“ seien „die Maßnahmen zur wehrpolitischen Arbeit mit den Studenten realisiert“ worden. „In Vorbereitung auf die militärpolitischen, theoretischen und praktischen Ausbildungsphasen wurden politische Gespräche mit jedem einzelnen Studenten durchgeführt.“ Die Studenten erfüllten nach Auffassung der SED-Gruppe in der „laufenden militärpolitischen Ausbildung“ ihre Aufgaben mit hoher Disziplin.¹⁸ Kaum zu glauben, aber so wollte man den höheren Parteifunktionären offenbar gefallen. Die bekamen jedoch wiederum aus anderen Quellen etwas ganz anderes zu hören. Einer durch die Abteilungen Kultur, Volksbildung/Wissenschaften und die Abteilung Parteiorgane ausgearbeitete Information vom Januar 1985 konnten sie Näheres über „kritische Diskussionen“ unter dem künstlerischen Nachwuchs entnehmen. Zu diesem Zeitpunkt existierten in Ost-Berlin drei künstlerische Hoch- und drei künstlerische Fachschulen. Das waren die Kunsthochschule Berlin-Weißensee, die Hochschule für Musik, die Hochschule für Schauspielkunst, die Staatliche Ballettschule, die Fachschule für Werbung und Gestaltung sowie die Fachschule für Artistik. Dort arbeiteten insgesamt 395 festangestellte Lehrkräfte, von denen 39,7 Prozent der SED angehörten. Es gab 547 Lehrbeauftragte bzw. Honorarkräfte. Die Zahl der Studierenden betrug insgesamt 1 404. Nach dem einleitenden Selbstlob und den allgemeinen ideologischen Phrasen hieß es in der internen Parteiinformation: „Nahezu unverändert treten immer wieder Diskussionen auf zu unserer Informationspolitik. Sie müßte ‚problemorientierter sein und nicht nur Erfolge darstellen‘.“ Unklarheiten gebe es bei vielen Studenten und Dozenten über die „Schärfe der internationalen Klassenauseinandersetzungen und die Bedeutung der Stärkung des Sozialismus für den Frieden“. Auch hinsichtlich der „notwendigen Erhöhung der Verteidigungskraft“ gab es Bedenken. Trotzdem: „Die

17 Ellen Brombacher, SED Bezirksleitung Berlin, Abt. Kultur: Information über das Podiumsgespräch in der Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ am 6.11.1984. LA Berlin, V Rep. 902, 5610.

18 SED Grundorganisation, Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“: Auftragsinformation vom Dezember 1984 über die Erfüllung des Kampfprogramms der Grundorganisation und der eingegangenen Verpflichtungen zu Ehren des 35. Jahrestages der DDR. LA Berlin, C Rep 902, Nr. 5890.

führende Rolle der Partei ist an allen Einrichtungen gewährleistet.“ An der Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ gehörten im Januar 1985 von 48 festangestellten Lehrkräften 18 der SED an, von den 55 festangestellten Mitarbeitern aber nur fünf, von 174 Studenten waren 22 SED-Mitglieder. Außerdem unterrichteten an der Hochschule 62 Lehrbeauftragte bzw. Honorarkräfte. An den monatlichen Parteiversammlungen nahmen 1984 zwischen 82 und 88 Prozent aller SED-Mitglieder teil, beim Parteilehrjahr waren es meist über 80 Prozent.¹⁹

Beispiele der Überwachung der Schauspielausbildung durch das Ministerium für Staatssicherheit – auch ein Rektor war Stasi-Spitzel

Die Hochschule für Schauspielkunst war für das MfS ein „Schwerpunktbereich“, da hier Bühnendarsteller und „Bildschirmpersönlichkeiten“ ausgebildet wurden, die später als herausragende Repräsentanten der sozialistischen Schauspielkunst öffentlich und vorbildhaft wirken sollten. Außerdem waren mit dem Engagement an den größeren Theatern der DDR Auslandstourneeoptionen verbunden, weswegen der Staatssicherheitsdienst „vorbeugende Personenüberprüfungen“ schon während des Studiums für geboten hielt. Die übliche und häufigste Befassung der Stasi mit der Hochschule bestand in der Sammlung von Informationen über Studierende und Absolventen. Wie ein solch üblicher und typischer Routinevorgang aussah, zeigt eine Anfrage der für die Überwachung des DDR-Fernsehens zuständigen Stasi-Hauptabteilung XX an die zentrale Koordinierungsgruppe des MfS. Gebeten wurde um die Überprüfung eines Schauspielschülers in den zentralen Datenspeichern der Stasi, weil der Betreffende für eine Hauptrolle im Bereich Dramatische Kunst des DDR-Fernsehens vorgesehen war. Verdächtig machten ihn nach Informationen der Stasi-Fernsehkontrolleure folgende Umstände: „Er ist praktizierender Christ und leistet seinen Grundwehrdienst als Bau-soldat ab.“²⁰

Informationen aus der Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ erhielt das Ministerium für Staatssicherheit, wenn es sie benötigte, sowohl durch die SED-Organisation, durch die Hochschulleitung als auch durch an der Schule tätige Spitzel. Ein besonders fleißiger Informant des MfS, Hans-Georg Simmgen, war am Institut für Schauspielregie beschäftigt und zeitweise auch Mitglied der Parteileitung in der Hochschule. Simmgen arbeitete unter dem Decknamen „Sumatic“ seit 1971 mit dem MfS zusammen. Seit 1979 berichtete Simmgen aus der Schauspielschule. So übergab er zum Beispiel dem MfS Einschätzungen zu 26 Studenten und Studentinnen des 1. Studienjahres, Protokolle von Besprechungen aus dem Lehrkörper über ihr Vorspiel, aber auch Berichte über Gastaufenthalte in Finnland. Im August 1980 informierte Simmgen seinen MfS-Führungsoffizier Girod über den Schauspielschüler Mario S., der zu einem Gastspiel mit nach Italien fahren sollte. Girod gab die Information im Apparat des MfS mit der Bemerkung weiter: „Die Quelle hat Befürchtungen, daß der S. evtl. nicht in die DDR zurückkehrt. Dieser Befürchtung liegen keine konkreten Hinweise für eine derartige Absicht von Seiten des S. zugrunde. Das allgemeine Persönlichkeitsbild des S. läßt jedoch befürchten, daß er, wenn er ein entsprechend gutes künstlerisches Angebot erhält oder wenn ihn eine Frau entsprechend animiert, diesen Schritt leichtfertig unternimmt.“ Simmgen erhielt daraufhin den Auftrag, mit dem Schauspielschüler einige Gespräche zu führen, um mehr herauszufinden.

19 SED Bezirksleitung Berlin: Information 16. Januar 1985 über die politische Situation an den künstlerischen Hoch- und Fachschulen der Hauptstadt. LA Berlin, C Rep 902, 5607.

20 MfS, HA XX: Anfrage vom 8. September 1989 betr. Überprüfung eines Schauspielschülers. BStU, Zentralarchiv, MfS – HA XX, Nr. 2254.

Im Zuge der „Ereignisse in Polen“ teilte Simmgen dem MfS mit, daß sich die Schauspielschüler über Polen ausschließlich aus westlichen Medien informierten. Er übergab der Stasi eine Aktennotiz des Rektors Hans-Peter Minetti über ein Gespräch mit einer Schauspielschülerin, deren Vater sie angeblich in den Westen holen wollte. Weiterhin erhielt die Stasi von Simmgen Bewerberlisten für das Regiestudium, Berichte über Absolventen-Einzelgespräche sowie Einschätzungen „über problematisch auffallende Studenten des 1. Studienjahres“ im Zusammenhang mit dem „Karl-Marx-Programm“. Die Rede ist darin vom lustlosen Einsatz der Betroffenen und von hämischen Bemerkungen gegenüber Kommilitonen. „Der Student Hausmann verstieg sich bis zu der Äußerung, daß unser Marx-Programm ‚Scheiße‘ sei.“ Außerdem diffamierte er fortwährend Lehrkräfte. Simmgen meinte, Hausmann sei „für die Profilierung seiner Mittel zu einer Künstlerpersönlichkeit ungeeignet“. Über einen anderen Studenten schrieb Simmgen: „Sein zur Schau gestelltes bohemhaftes Einzelgängertum ist meines Erachtens kein Merkmal einer von irgendeinem Generationskonflikt belasteten Unreife, wie anfänglich vermutet werden konnte, sondern wird offenbar durch verfestigte Fehlpositionen bestimmt, die ihn immer wieder mit den Ansprüchen der Gesellschaft in Widerspruch bringen müssen.“²¹

Im Laufe der achtziger Jahre gerieten offenbar zahlreiche Studenten „mit den Ansprüchen der Gesellschaft in Widerspruch“. Im Studienjahr 1987/88 erfolgten 13 Exmatrikulationen, im Studienjahr 1988/89 kam es bis zum Spätsommer zu neun Exmatrikulationen. Die Begründung gegenüber dem Ministerium für das Hoch- und Fachschulwesen lautete zwar „fachliche Nichteignung, d.h. das Talent war nicht weiter ausbildbar“. Angesichts der Kriterien von Entscheidungsträgern wie Simmgen darf dies aber wohl bezweifelt werden. Auf 16 Studienplätze hatten sich in diesem Studienjahr 1 800 Anwärter beworben. Unter den Bewerbern, von denen viele das Schauspielstudium, wie der Parteisekretär der Hochschule, Hendrik Wunsch, klagte, als eine Art Nische betrachteten, war der Anteil von SED-Mitgliedern stark abgesunken.²² Wunschs „Kurzbericht“ stand übrigens in einem Zusammenhang, den es näher zu betrachten lohnt.

Am 15 Juli 1989 erhielten Rektor Professor Kurt Veth (seit 1987 im Amt) und Parteisekretär Hendrik Wunsch von den Abteilungen Kultur und Parteiorgane der Berliner SED-Bezirksleitung eine Aufforderung zur alljährlichen Berichterstattung über die „politisch ideologische Situation an der Hochschule“. Rektor und Parteisekretär verfaßten die geforderte Einschätzung und schickten sie am 29. September 1989 an die SED-Bezirksleitung ab. Darin lobte man sich zunächst dafür, daß „unter Führung des Rektors auch in den vergangenen beiden Studienjahren die Sicherung eines hohen Niveaus der Erziehung und Ausbildung unserer Studentinnen und Studenten“ gelungen sei. „Erneuerungen aus dem politischen und Zeitverständnis der neuen Studentengeneration“ seien in der Grundlagenausbildung erfolgt. Ansätze eines „projekt- und komplexbezogenen Zusammenwirkens gesellschaftswissenschaftlicher und künstlerischer Lehrdisziplinen“ müßten weiter ausgebaut werden.

Konstatiert wurde eine Stabilisierung der „politisch-ideologischen Situation“ in den letzten beiden Jahren. Es gebe Fragen zur Wirtschafts- und Informationspolitik. „Auf-

21 Verwaltung für Staatssicherheit Groß-Berlin; Abteilung XX/ 7; Leutnant Girod: IM-Akten von Hans-Georg Simmgen alias IM „Sumatic“. BStU, ZA, Archiv-Nr. 6710/91, Bd. II/1 bis 3. Der Inhalt des 4. Bandes wurde entnommen.

22 Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“, Hendrik Wunsch: Kurzinformation an das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen vom 30. September 1989. LA Berlin, C Rep. 902, Nr. 6822.

grund der komplizierten Entwicklung in einigen Ländern der sozialistischen Welt sowie an anderen Brennpunkten des politischen Weltgeschehens fällt es oft schwer, schnell und überzeugend auf die eine oder andere Frage zu reagieren.“ Als problematisch wurde eingeschätzt, daß „im Theaterbereich auch international eine Tendenz der Absage ans Rationelle zu verzeichnen ist, was sich z.B. in der Betrachtung des Theaters als Selbsthilfetherapie u.a. deutlich macht“. Hier sei mit stärkeren Auseinandersetzungen zu rechnen. Hervorgehoben wurde das geschlossene Auftreten der Hochschullehrer „auf der Grundlage eines einheitlichen Wirkens der Genossen“. Die „Abstimmung vom marxistisch-leninistischen Unterricht und praktischer Theaterarbeit hat sich bewährt“. Bemängelt wurde aber die fehlende Bereitschaft unter den Hochschullehrern, gesellschaftliche Funktionen zu übernehmen.

Auf seiten der Studenten wurden Unklarheiten in Fragen des Verteidigungspotentials der sozialistischen Staaten konstatiert. Es gebe Forderungen nach einer „totalen Abrüstung der sozialistischen Armeen“. Es gebe Fragen zum „Sinn des Soldatseins im Sozialismus“. Dahinter verberge sich „eine Unterschätzung des realen Klassenkampfes zwischen Kapitalismus und Sozialismus“. Die Schlußfolgerungen der kritischen Analyse seien in einen „Maßnahmeplan der wehrpolitischen Arbeit im Studienjahr 1989/90“ eingeflossen. In Diskussionen der vergangenen Wochen sei eine „tief empfundene Sorge über die Zukunft des Sozialismus“ zutage getreten. Ein „wachsender Utopieverlust“ müsse konstatiert werden. Der Mehrheit der Mitarbeiter und Studenten gehe es darum, „in einer politisch stabilen DDR den Sozialismus besser zu machen“. Beunruhigung bestehe auch über „die Abwerbung von DDR-Bürgern und der damit verbundenen Hetze gegen unser Land“. Die einseitigen Erklärungen zur „massenhaften Republikflucht“ würden jedoch stark kritisiert. „Eine tiefgründige, sachliche und ehrliche Analyse der Ursachen dafür, daß sich DDR-Bürger erfolgreich abwerben lassen, ist dringend erforderlich.“ Die Medienpolitik der DDR werde von den Schauspielschülern häufig nicht verstanden.²³

Der Bericht an die SED-Bezirksleitung war wohl schon fertiggestellt, als es im Rektorat der Hochschule für Schauspielkunst zu höchster Aufregung über eine Solidaritätskundgebung von Studenten für das „Neue Forum“ kam. Denn dieser Zwischenfall schlug sich mit keiner Zeile in dem Rapport nieder. In Überlieferungen des Staatssicherheitsdienstes findet sich über die Protestaktion ein handschriftlicher Vermerk eines Hauptmanns Kamni, der am 26. September 1989 einen Anruf des Rektors erhalten hatte: „Durch den Rektor der Hochschule für Schauspielkunst, ‚Ernst Busch‘ Gen. Prof. Veth wurde bekannt, daß in Ermlitz bei der ZV-Ausbildung eine Studentin im Zusammenhang mit dem ‚Neuen Forum‘ in Erscheinung getreten ist. Nach Rücksprache mit Unterzeichner wurde festgelegt, daß der Prorektor für E/A und Parteisekretär der Hochschule Gen. Wunsch mit dem Bereichsleiter Gen. Schreiber vor Ort fährt und anschließend seinen Bericht fertigt, den er uns übergibt. Maßnahmen: Überprüfung u. Aufklärung der M.; Einsatz IM. Anlage Information. Verteiler 1 X Ltr. XX, Lagegruppe Abt XX.“

In der Anlage dieser Notiz findet sich eine „Kurzinformation“, die das Signum der Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ trägt. Sie wurde von Hendrik Wunsch verfaßt. Darin sind namentlich alle Teilnehmer des 1. Lehrgangs zur Zivilverteidigung

23 Kurt Veth, Hendrik Wunsch, Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“: Berichterstattung des Rektors und der Parteileitung der Hochschule für Schauspielkunst "Ernst Busch" Berlin über die politisch ideologische Situation an der Hochschule vom 29. September 1989. LA Berlin, C Rep. 902, Nr. 6822.

(ZV) in Oberthau aufgelistet. Es folgt die Information, daß die Hochschule am 26. September 1989 „durch Dr. Lange (z. Zt. Ausbildungskommandeur, sonst Dozent für MLG an der Musikhochschule Berlin) informiert“ wurde, „daß die Studentin Ulrike M. am Abend des 25. September im Speisesaal der Ausbildungseinrichtung auftrat mit der Darlegung der Position des ‚Neuen Forums‘ und dafür zur Unterschriftensammlung aufrief. Etwa 100 von den 300 Lehrgangsteilnehmerinnen und Führungskräften unterschrieben. Nach ausführlicher Diskussion am Abend und in der Nacht verbrannten Studentinnen diese Unterschriftenliste.“ Der Bereichsleiter Puppenspiel „Gen. Peter Schreiber fuhr am folgenden Tag mit Parteisekretär Wunsch in die Ausbildungseinrichtung“. Sie „führten sehr ausführliche Gespräche mit Ulrike M. allein und dem ganzen Kollektiv der Studentinnen und Studenten“. Ulrike M. bekannte sich in dem Gespräch zur DDR und setzte sich für Reformen ein. Die Fluchtbewegung könne jedoch nicht durch einseitige Schuldzuweisungen „an die BRD und ihre Massenmedien“ erklärt werden. „Sie will keine Opposition schaffen. [...] Sie anerkannte, daß die Möglichkeit besteht, daß aus dem ‚Neuen Forum‘ eine Opposition und ein Sammelbecken feindlicher Kräfte werden kann, die sich zur Partei konstituiert und dann Machtanspruch anmeldet. Sie lehnte diese Entwicklung ab. Diese Entwicklung könne aber nur durch offenen Dialog verhindert werden. [...] Sie war sich auch bewußt, daß sie mit dieser Aktion gegen die Gesetze unseres Landes verstieß und mit Konsequenzen rechnen mußte.“ In der weiteren Einschätzung kamen die Verfasser zum Ergebnis, daß von einer Bestrafung im Sinne des Hochschulrechtes abzusehen sei, da die Studentin Probleme und Fragen angesprochen hatte, die sich mit den Erfahrungen vieler Studenten deckten. Ihr „subjektiv ehrliches Anliegen muß zunächst anerkannt werden“, außerdem „mußte verhindert werden, daß sie zum Märtyrer gestempelt und damit bewußt gegen uns benutzt werden konnte“. Die Studenten zweifelten in Gesprächen unter anderem die „Notwendigkeit der ZV-Ausbildung in Lagerform“ an und äußerten sich kritisch zur ökonomischen Entwicklung in der DDR sowie zu der materiellen Lage ihrer Hochschule (Sparmaßnahmen). „Es zeigte sich im Gespräch auch, daß immer noch große Unkenntnis über den Aufbau der FDJ, die Verbandsdemokratie, über eine Vielzahl gesellschaftlicher Organisationen in der DDR besteht.“ Diese Einschätzung sei auch durch Oberst Dombrowski und Oberstleutnant Richt vom MfHF²⁴ sowie vom Kader der Ausbildungseinrichtung Oberthau bestätigt worden. „Am 29.9. führten Dr. sc. Wolfgang Engler, Dr. Klaus Greiner, Peter Schreiber sowie die Kollegin Andrea Schulze und Kollege Jürgen Wollweber anläßlich des Besuchstages weitere Gespräche. Sie bestätigten den Eindruck vom 27.9., daß das Klima der Diskussion nicht feindlich und nicht aggressiv ist, daß es der Lehrgangsleitung gelungen war, den Dialog zu beginnen und aufrechtzuerhalten ohne falsche Kompromisse.“²⁵ Einen Bericht mit dem gleichen Wortlaut sandte Wunsch auch an die SED-Bezirksleitung. Dieses im Berliner Landesarchiv überlieferte Dokument unterscheidet sich von dem der Stasi übergebenen Bericht allerdings in einem wesentlichen Punkt. Der Bericht an das MfS

24 Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen.

25 Hendrik Wunsch, Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“: Kurzinformation ZV-Ausbildung „Oberthau“, 4101 Ermlitz, 40 (Min. für Hoch- und Fachschulwesen), in: MfS, BV Berlin Abt. XX/7: MfS-Unterlagen aus dem Jahr 1989 zur Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“. BStU, Ast. Berlin, BV Berlin, Abt. XX/7 3347.

nennt hinter den Namen der aufgelisteten Studenten in gleicher Maschinenschrift auch die jeweiligen Personenkennzahlen und den Wohnort der Schauspielschüler.²⁶

Doch trotz aller möglichen Beschwichtigungsmaßnahmen von seiten der Hochschul- und Parteileitung legte sich das Unbehagen der Studentinnen und Studenten nicht. Am 6. Oktober 1989 erhielt Stasi-Hauptmann Schneider eine Information des Parteisekretärs Hendrik Wunsch über den Entwurf eines „Offenen Briefes“ an den FDJ-Vorsitzenden Eberhard Aurich. Wunsch teilte mit, daß Studenten, die an der Aufführung des BAT²⁷ „Die natürliche Tochter“ beteiligt waren, vor der Vorstellung eine Resolution von der Bühne herunter verlesen wollten. Das Vorhaben wurde durch den Bereichsleiter Regie, „Gen. Prof. Peter Schroth“, umgehend Rektor Kurt Veth und dem Parteisekretär mitgeteilt. „Durch den Rektor wurde daraufhin das Verlesen der Resolution verboten.“ Mit einem beteiligten Studenten, dem FDJ-Sekretär Torsten M. führte Veth eine Aussprache, „in deren Resultat der M. einsah, daß das Vorhaben nicht gestattet werden kann. M. wird sich dafür einsetzen, daß die Resolution nicht verlesen wird.“ Schroth teilte kurz darauf mit, „daß die Studenten das Verbot diskutieren und sich nicht von dem Verlesen der Resolution abbringen lassen wollten. Auch die Androhung disziplinarischer Maßnahmen stimmte sie nicht um. Kurz vor Beginn der Vorstellung sollen sie schließlich das Angebot der staatlichen Leitung, die Resolution im Foyer des BAT auszuhängen, angenommen haben und von der Verlesung Abstand genommen haben.“

Eine „Operative Information“ vom 14. Oktober 1989, verfaßt von Unterleutnant Hellmuth, verarbeitete eine Mitteilung der FDJ-Sekretärin Sylvia Uhlig, daß sich in der Hochschule „Ernst Busch“ am selben Tag etwa 40 Vertreter der 2. Studienjahre der Musik- und Kunsthochschulen der DDR getroffen hatten. Durch die Mitteilung der FDJ-Sekretärin erfuhr das MfS die Namen von sechs an dem Treffen beteiligten Schauspielschülern. Der „Offene Brief“ von Studenten der Hochschule für Schauspielkunst an Eberhard Aurich und ein „Offener Brief“ von Dresdner Studenten an Hans Modrow wurden verlesen. Die Studenten luden in dem „Offenen Brief“ Aurich zu einem Gespräch an die Hochschule ein und erhoben die Forderungen, „allen Bürgern und Gruppen in unserem Land die Möglichkeit der öffentlichen Artikulation und der wirksamen Beteiligung an der weiteren Entwicklung zu eröffnen“, sowie „die uneingeschränkte, offene Darstellung und Diskussion gesellschaftlicher Probleme und ihrer Ursachen in den Medien“. Das Treffen an der Hochschule für Schauspielkunst fand nach Einschätzung der FDJ-Sekretärin in einer sachlichen Atmosphäre statt. „Oppositionelle Resolutionen und Schriften wie ‚Aufbruch 89 Neues Forum‘ oder ‚Demokratie jetzt‘ wurden weder verlesen noch verteilt.“ Die FDJ-Sekretärin sollte den Unterleutnant angeblich auf dem laufenden halten und mitteilen, wenn weitere Versammlungen geplant werden.²⁸ Ob dem MfS danach noch weitere Informationen aus der Hochschule für Schauspielkunst zuzugingen, ist den bislang vorliegenden Überlieferungen der Berliner Bezirksverwaltung des Staatssicherheitsdienstes nicht zu entnehmen. Sie enden mit dem 14. Oktober 1989.

26 Vgl. Hendrik Wunsch, Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“: Kurzinformation ZV-Ausbildung „Oberthau“, 4101 Ermlitz, 40 (Min. für Hoch- und Fachschulwesen). LA, Berlin, C Rep. 902, Nr. 6822.

27 Berliner Arbeiter-Theater.

28 MfS, BV Berlin Abt. XX/7: MfS-Unterlagen aus dem Jahr 1989 zur Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“. BStU, Ast. Berlin, BV Berlin, Abt. XX/7 3347.

Rektor Veth und Parteisekretär Wunsch erhielten am 16. Oktober 1989 ein kurzes Schreiben des Berliner SED-Chefs Günter Schabowski, in dem sich dieser für die „Einschätzung über die politisch-ideologische Situation an der Hochschule für Schauspielkunst“ bedankte. Insbesondere hob Schabowski in seinen Dankesworten „die Ehrlichkeit in der Bewertung der Lage“ und die daraus gezogenen „richtigen Schlußfolgerungen“ hervor.²⁹ Einen Tag später stimmte Schabowski im Politbüro für die Ablösung Erich Honeckers als Generalsekretär der SED. Rektor Veth und Parteisekretär Wunsch korrigierten am 18. Oktober 1989 ihren Bericht vom 29. September an die Berliner SED-Leitung. Durch die jüngsten Ereignisse seien eine Reihe der darin festgehaltenen „Einschätzungen überholt“ worden. „Die Kampfkraft unserer Grundorganisation ist geschwunden.“ Zwei Mitglieder seien ausgetreten, bei vielen anderen müsse ein starker Vertrauensverlust in die Parteiführung konstatiert werden. „Das in unserem Bericht beschriebene Vertrauensverhältnis zwischen Studenten und Dozenten gerät in Gefahr.“ Es genüge nicht, die Medienpolitik zu kritisieren. „Wir fordern sofortige Änderung der Medienpolitik!“ Die weitere Entwicklung des Sozialismus erfordere die Mitarbeit aller Bürger. Es gehe nicht an, daß Bürger, die sich an dem öffentlichen Prozeß beteiligten, kriminalisiert werden. „Es ist Unrecht geschehen. Hier muß Recht gesprochen werden. Deshalb stellen wir inhaftierten Studenten unserer Hochschule unseren Rechtsbeistand zur Verfügung. Wir fordern Rechtsstaatlichkeit ein und sind für demokratischen Umgang miteinander ohne Angst und Brutalität. Wir fordern auch hier Verantwortung der Verantwortlichen.“³⁰

Aus vorvernichteten Stasi-Dokumenten, die von der Stasiunterlagenbehörde wieder zusammengesetzt wurden, geht eine besondere Verantwortlichkeit des Rektors der Hochschule für Schauspielkunst hervor. Kurt Veth arbeitete demnach seit 1978 auf der Grundlage seiner Überzeugung mit dem Ministerium für Staatssicherheit als IM „Nowotny“ zusammen. Wiederhergestellte Unterlagen seiner Stasi-Akte enthalten auch Spitzelberichte, die er in seiner Zeit als Rektor der Hochschule dem MfS geliefert hat. Darunter befindet sich sogar eine Information vom 23. März 1989 über seinen Vorgänger im Rektorenamt. IM „Nowotny“ berichtete seinem Führungsoffizier, daß Hans-Peter Minetti Verbindungen zu einer freien Theatergruppe aus dem 3. Studienjahr unterhielt und versucht habe, diese zu legalisieren. Am 2. Oktober 1989 empfing IM „Nowotny“ seinen Führungsoffizier Oberleutnant Niehmsen in seiner Wohnung. Laut Niehmsens Treffbericht ging es dabei um eine „Berichterstattung über die aktuelle Lage an der Hochschule für Schauspielkunst“ und um die „Ergänzung der Information zu Studenten des 3. Studienjahres“. Niehmsen fertigte hernach eine Ausgangsinformation über die Lage an der Hochschule. Darin hielt er fest, daß es am Regieinstitut eine „länger anhaltende negative Diskussion zu China“ gab und die Leitung des Instituts sich nicht „an einer politisch-ideologischen Übereinstimmung mit der Hochschulleitung“ interessiert gezeigt habe. Unter den Studenten habe sich „das jetzige 4. Studienjahr als politisch-ideologischer Schwerpunkt herausgebildet“. Eine Gruppe von acht Studenten – die in der Ausgangsinformation namentlich aufgeführt wurden – trete „mit negativen Diskussionen in Erscheinung“. Auch unter Dozenten gebe es Sympathien für diese Gruppe. Insbesondere XY [Name durch BStU geschwärzt] zeige

29 Das Schreiben Schabowskis findet sich unter LA Berlin, C Rep. 902, Nr. 6822.

30 Die Ergänzung zum Bericht des Rektors und des Parteisekretärs der Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ Berlin an das Sekretariat der Bezirksleitung der SED Berlin vom 29.9.1989 findet sich ebenfalls unter LA Berlin, C Rep. 902, Nr. 6822.

„kein Interesse zur positiven politisch-ideologischen Arbeit mit den Studenten“.³¹ Kurt Veth trat 1992 als Rektor der Hochschule für Schauspielkunst zurück. Obwohl Veths inoffizielle Zusammenarbeit mit der Stasi bekannt war, beließ ihn die Hochschule noch bis ins Jahr 2006 als Dozent mit regelmäßigen Werkaufträgen in ihrem Lehrkörper. Das also war mit der Forderung „Verantwortung der Verantwortlichen“ gemeint.

Bis heute herrscht hinter den Kulissen der Hochschule für Schauspielkunst Ruhe über die unrühmlichen Seiten der jüngsten Hochschulgeschichte. Der heutige Rektor Wolfgang Engler schrieb 1999 über die Zusammenarbeit mit der Stasi: „Die Reformer der dritten Generation trugen daher keine Scheu, notfalls auch Bündnisse mit Modernisierern in der Staatssicherheit einzugehen. Das war keine moralische, sondern eine praktische Frage, eine Frage der Effizienz. Wirkliche Systemveränderungen konnten nur von oben und innen eingeleitet werden; aus den Organisationen, Institutionen heraus, durch taktische Mitgliedschaften; durch die kluge Umfunktionierung der Apparate für eigene Zwecke.“³² Wenn dem auch an der Hochschule für Schauspielkunst so war, warum soll dann darüber heute geschwiegen werden? Von den „Modernisierern in der Staatssicherheit“ wüßte man gerne mehr und auch über „taktische Mitgliedschaften“ und „die kluge Umfunktionierung der Apparate“ an Englers Hochschule. Also: Vorhang auf!

31 MfS, HA XX/7: Unterlagen über die inoffizielle Zusammenarbeit von Kurt Veth alias IM „Nowotny“ mit dem MfS. BStU, ZA, AIM 8454/91.

32 Engler, Wolfgang: Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land. Berlin 1999, S. 332.